

**Beschluss der Mitgliederversammlung des Kreisverbands Saarbrücken vom  
28.01.2015**

## **Resolution „Für eine humane und kohärente Flüchtlingspolitik!“**

Weltweit befinden sich derzeit über 50 Millionen Menschen auf der Flucht. Insgesamt haben im letzten Jahr mehr als 200.000 Menschen in Deutschland Asyl beantragt. Im Saarland wird in diesem Jahr mit monatlich 300 Menschen gerechnet, die hier ankommen und Schutz suchen. Unsere Gesellschaft hat die Aufgabe, den Menschen, die ihre Heimat verloren haben und oft traumatisiert bei uns ankommen, ein menschenwürdiges Leben in Deutschland zu ermöglichen und ihnen hier eine Perspektive zu bieten.

Für eine humane und kohärente Flüchtlingspolitik müssen alle föderalen Ebenen zusammenarbeiten und ihren Beitrag leisten. Dies gilt insbesondere für die Bundesregierung, die in Sachen Flüchtlingspolitik immer noch nicht ausreichend Einsatz zeigt - sowohl was die Kontingente der Aufnahme anbelangt als auch bezüglich eines humanen Umgangs mit Flüchtlingen in Deutschland. Aber auch auf Landes- und kommunaler Ebene im Saarland gibt es Defizite im Umgang mit Flüchtlingen, die es vor Ort zu beheben gilt.

### ***Runder Tisch „Flüchtlinge und Flüchtlingskinder“ einrichten!***

Für die Flüchtlingspolitik sind im Saarland unterschiedliche Ebenen für unterschiedliche Aufgaben zuständig. Spätestens seit der beschränkten Aufhebung der zentralen Unterbringung macht dies eine enge Abstimmung und Koordination zwischen Landes- und kommunaler Ebene notwendig, um einen kohärenten Umgang mit Flüchtlingen im Land sicherzustellen und um Lücken bei der Betreuung und Sprach- und Integrationsförderung zu erkennen und zu beheben.

Hierfür fordert die Kreismitgliederversammlung die Einrichtung eines Runden Tisches „Flüchtlinge und Flüchtlingskinder“, in dem Land, Gemeindeverbände, Kommunen, Wohlfahrtsverbände und Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler vertreten sind. Er soll Betreuungs- und Förderungslücken im Zuge der Verteilung der Flüchtlinge beheben und gemeinsame Standards für den Umgang mit Flüchtlingen in den Kommunen, beispielsweise für die Wohnsituation, festlegen.

### ***Bedingungen in der Landesaufnahmestelle in Lebach verbessern!***

Bis zum Herbst 2013 wurden Asylbewerberinnen und Asylbewerber im Saarland ausschließlich in der zentralen Landesaufnahmestelle in Lebach untergebracht. Aufgrund fehlender Kapazitäten infolge der steigenden Zahl an Schutzsuchenden wurde der bis zu diesem Zeitpunkt geltende Verteilstopp teilweise aufgehoben. Weiterhin ist die Aufenthaltsdauer in der Landesaufnahmestelle in Lebach aber nicht begrenzt und die Hürden, die Gemeinschaftsunterkunft verlassen zu dürfen, sind hoch. Zudem will die

Landesregierung daran festhalten, an in der Landesaufnahmestelle untergebrachte Flüchtlinge weiterhin Sachleistungen statt Geld auszugeben.

Die Kreismitgliederversammlung fordert die Landesregierung deshalb auf, die Aufenthaltsdauer in Lebach zu begrenzen und die Wohn- und Lebenssituation in Lebach zu verbessern. Um Integration und Teilhabe zu gewährleisten, ist es zentral, dass die Leistungen für Essen und Dinge des täglichen Lebens von Sach- auf Geldleistungen umgestellt werden!

### ***Menschenwürdige Unterbringung im Regionalverband Saarbrücken sicherstellen!***

Seit der beschränkten Aufhebung des Verteilstopps werden im Saarland ankommende Flüchtlinge nach einem Schlüssel auf die Landkreise und den Regionalverband Saarbrücken verteilt.

Die Unterbringung stellt die Kommunen im Regionalverband vor große Herausforderungen. In diesem Zusammenhang begrüßt die Kreismitgliederversammlung das von der Landesregierung aufgelegte Programm zur Bereitstellung von Wohnraum für Flüchtlinge in den Kommunen sowie die vom Bund zugesagte finanzielle Hilfe bei der Flüchtlingsunterbringung als einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Die Kreismitgliederversammlung fordert die Kommunen im Regionalverband Saarbrücken auf, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um von diesen Programmen Gebrauch zu machen.

Die Kreismitgliederversammlung mahnt bei der Bereitstellung von Wohnraum in den Kommunen aber die Gewährleistung einer menschenwürdigen Unterbringung an. Dies impliziert nach Ansicht der Kreismitgliederversammlung den Verzicht auf die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften. Die Kreismitgliederversammlung fordert die Festlegung gemeinsamer Mindeststandards für die Unterbringung im Regionalverband Saarbrücken. Vorbildfunktion könnte hierbei das „Saarbrücker Modell“ einnehmen, das zum Ziel hat, 400 Wohnungen in 400 unterschiedlichen Gebäuden bereitzustellen.

Darüber hinaus verlangt die Kreismitgliederversammlung, mit dem Bund über die Überlassung von leerstehenden Bundesimmobilien im Regionalverband Saarbrücken zur Flüchtlingsunterbringung zu verhandeln.

Um die Menschen, die im Regionalverband Saarbrücken untergebracht sind, willkommen zu heißen und um es ihnen zu ermöglichen, sich schnell in der neuen Umgebung zurechtzufinden, fordert die Kreismitgliederversammlung die Bereitstellung eines Willkommenstickets für die kostenfreie Nutzung des ÖPNV im Regionalverband Saarbrücken.

### ***Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gezielt unterstützen!***

Der Regionalverband Saarbrücken steht unter den saarländischen Gemeindeverbänden vor einer besonderen Herausforderung. Hier kommt eine große Zahl minderjähriger Flüchtlinge an, die ohne Eltern oder Sorgeberechtigte einreisen. Seit Umsetzung der Kinderrechtskonvention im Jahr 2010 sind im Regionalverband Saarbrücken rund 900 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Obhut genommen worden. Sie haben ein Recht auf Jugendhilfe. Trotzdem gibt es Defizite bei der Betreuung und Förderung der Jugendlichen.

Problematisch sind beispielsweise die Phasen zwischen der Betreuung in den Clearinghäusern und dem Besuch einer Regelschule. Bis zum Besuch der Regelschule gibt es hier regulär keine Sprachförderung. Hier fordert die Kreismitgliederversammlung Lösungen zur Sicherstellung einer übergangslosen Betreuung und Förderung.

Noch problematischer wird es, wenn der Anspruch auf Jugendhilfe entfällt. Denn jugendliche Flüchtlinge mit unsicherem Aufenthaltsstatus haben keinen direkten Anspruch auf Bildungs- und Ausbildungshilfe. Die Kreismitgliederversammlung fordert die Bundesregierung daher auf, den Anspruch auf Bafög und Ausbildungsbeihilfe auf Flüchtlinge auszuweiten. Die Verbesserungen durch die Bafög-Reform sind hierfür nicht ausreichend. Bis zur Behebung dieses Mangels fordert die Kreismitgliederversammlung den Regionalverband auf, sicherzustellen, dass die Jugendhilfe so lange wie möglich gewährt wird und bei Wegfall des Anspruches zusammen mit dem Jobcenter akzeptable Einzelfalllösungen zu entwickeln.

### ***Bedingungen in den Schulen verbessern!***

Die hohe Zahl von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen im Regionalverband Saarbrücken führt auch dazu, dass die Schulen im Regionalverband Saarbrücken von besonders vielen Flüchtlingskindern und Jugendlichen besucht werden. Um den Ansprüchen an eine spezifische Förderung und Bildung dieser Kinder gerecht werden zu können, fehlt es daher insbesondere in den Schulen im Regionalverband an Lehrpersonal. Die Kreismitgliederversammlung spricht sich daher auch in diesem Zusammenhang dafür aus, auf Einsparungen im Lehrerbereich zu verzichten und freierwerdendes Personal infolge eines Schülerrückgangs unter anderem zur besseren Förderung der Flüchtlingskinder zu verwenden.

### ***Zivilgesellschaftliches Engagement unterstützen!***

Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler zeigen vielerorts und auch hier im Regionalverband Saarbrücken ein großes Engagement dafür, dass die Menschen, die bei uns ankommen, sich in der neuen Umgebung zurechtfinden und ihr Leben möglichst selbständig gestalten können. Die Kreismitgliederversammlung fordert eine größere Unterstützung für ehrenamtliche Projekte. In Saarbrücken gehört hierzu insbesondere das Netzwerk „Ankommen“, in dem sich rund 100 Bürgerinnen und Bürger engagieren, deren Arbeit koordiniert werden muss. Die Kreismitgliederversammlung fordert deshalb die Finanzierung einer Koordinierungsstelle für das Projekt „Ankommen“.

Zivilgesellschaftliches Engagement entlässt den Staat aber nicht aus seiner humanitären Verantwortung. Die Kreismitgliederversammlung fordert eine Erhöhung der Zahl der hauptamtlichen Integrationslotsen, um eine gelungene Integration der Menschen sicherzustellen. Außerdem muss die Arbeit der hauptamtlichen Integrationslotsen und der Wohlfahrtsverbände mit der Arbeit der Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler bestmöglich verzahnt werden.